

Parteien und Parteiensysteme in Mittel- und Osteuropa –

Zum Stand der demokratischen Entwicklung zehn Jahre nach dem Systemumbruch

Jürgen Dieringer

Inhalt

1. *Einleitung*
2. *Das „institutionelle Design“ der neuen Demokratien*
3. *Die Entstehung von Parteien im Transformationsprozeß*
4. *Binnenstruktur und Organisation der Parteien*
5. *Wahlen und Parteiensystem*
 - 5.1. Die Entwicklung der Parteiensysteme
 - 5.2. „Links“ und „Rechts“ im Transformationsprozeß
 - 5.3. Parteifamilien und die Rolle der KP-Nachfolgeparteien
 - 5.3.1. Christlich-konservative Positionen
 - 5.3.2. Liberale Positionen
 - 5.3.3. Sozialdemokratische Positionen
 - 5.3.4. Die KP-Nachfolgeparteien
 - 5.3.5. Grüne Parteien und soziale Bewegungen
 - 5.4. Die Auswirkungen der Wahlsysteme
 - 5.5. Wahlen und Koalitionsbildung
 - 5.6. Stabilität oder Instabilität der Parteiensysteme
6. *Résumé: Zum Stand der demokratischen Entwicklung in Mittel- und Osteuropa*
7. *Literatur*
8. *Anhang*

Parlamentswahlen in Bulgarien, Polen, Rumänien, der Slowakei, der Tschechischen Republik und Ungarn

1. Einleitung

Das Jahr 1989 markiert das Ende der Nachkriegsordnung in Europa. Innerhalb eines Jahres brachen, beginnend in Polen und Ungarn, und sich zunehmend ausweitend über die Tschechoslowakei, Bulgarien und die DDR bis hin zu Rumänien die politischen Systeme der sozialistischen Volksdemokratien zusammen. Runde Tische wurden einberufen, neue, demokratische Institutionen entstanden, freie Wahlen wurden abgehalten und die Verfassungen der Staaten Mittel- und Osteuropas wurden reformiert.

Was ist aus dem demokratischen Aufbruch heute geworden? Hat sich die neue demokratische Ordnung in Mittel- und Osteuropa konsolidiert? Um diese Fragen zu beantworten, sollen die allgemein anerkannten Kernelemente der politischen Willensbildung in Demokratien, Parteien, Parteienwettbewerb und Wahlen in Polen, Ungarn, Tschechien, der Slowakei, Rumänien und Bulgarien untersucht werden.

Der unterschiedliche Verlauf der dortigen Transformationsprozesse strukturierte die heutigen Parteiensysteme. Wo ein konsensualer, ausgehandelter Übergang möglich war, konnten die oppositionellen Gruppierungen ihr Hauptaugenmerk auf die Ausarbeitung eines umfassenden politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gesamtkonzeptes legen. Mußte die Systemtransformation erst „erkämpft“ werden, stand die Ausarbeitung der Programmatik der Parteien hinter dem Ziel der eigentlichen Systemtransformation und der Ablösung der alten Eliten zurück. Die dadurch entstandenen Verzögerungen bei der Gründung von Parteien charakterisiert die Dynamik der Parteiensysteme dieser Länder bis zum heutigen Tag.

Im Text werden die in der jeweiligen Landessprache üblichen Abkürzungen verwendet. Eine deutsche Übersetzung der Parteinamen sowie die Dokumentation der Wahlergebnisse von 1989 bis einschließlich 1998 finden sich im Anhang.

2. Das „institutionelle Design“ der neuen Demokratien

Ungarn, die Tschechoslowakei (später die Nachfolgestaaten Tschechische Republik und Slowakei) haben sich für ein parlamentarisches System entschieden. Polen und Rumänien, mit Abstrichen Bulgarien, etablierten hingegen semi-präsidentielle Systeme. Welches Land sich für welches System entschied, war nicht immer Ausdruck grundlegender Überlegungen geschweige denn politischer Konsens. In Ungarn mußte eine Volksabstimmung darüber entscheiden, ob das Staatsoberhaupt, dem im Verfassungsentwurf repräsentative und Reservefunktionen zugeordnet waren, direkt vom Volk, oder aber vom Parlament gewählt werden sollte. Die Bevölkerung entschied sich in einem Referendum für die Wahl des Staatsoberhauptes durch das Parlament. In der Slowakei kam es zu Auseinandersetzungen zwischen dem eigentlich auf Kontroll- und Reservefunktionen beschränkten Präsidenten Michal Kovac und dem Ministerpräsidenten Vladimir Meciar. Die unter Meciar aufgebauten autokratischen Strukturen fanden im Staatspräsidenten einen Opponenten. Als die Amtszeit des Präsidenten endete, verhinderte der Ministerpräsident mit seiner Parlamentsmehrheit die Neuwahl eines Nachfolgers, wonach die Kompetenzen des Staatspräsidenten automatisch und verfassungsgemäß auf den Ministerpräsi-

denen übergangen, der so über eine ungeahnte Machtfülle verfügte. Das in der Slowakei gefundene institutionelle Arrangement hat in der politischen Praxis damit Schwachstellen offenbart. Erst die Niederlage der Regierungsparteien bei den Parlamentswahlen 1998 und der darauffolgende Regierungswechsel beendeten diese im demokratischen Sinne unbefriedigende Situation. Schnell nach dem Machtwechsel 1998 wurde eine Parlamentsbeschlus über die künftige Direktwahl des Staatspräsidenten herbeigeführt.

In anderen politischen Systemen Ostmitteleuropas, vor allem in Polen, spielte das französische Vorbild des Semipräsidentialismus eine entscheidende Rolle. Hier war die Kompetenzabgrenzung zwischen Staats- und Regierungschef, zwischen Präsident und Parlament nicht immer klar. Polen hat bereits langjährige Erfahrungen mit einer Cohabitation französischen Musters, ohne daß dies aber zu schwerwiegenden, die demokratische Konsolidierung gefährdenden Konflikten geführt hätte. Sowohl zwischen dem Präsidenten Walesa und der postsozialistischen Regierung, als auch zwischen Präsident Kwasiniewski und der vom Aktionsbündnis Solidarität geführten heutigen Regierung haben sich, trotz einiger tagespolitischer Probleme und einer zeitweise vergifteten Atmosphäre, Muster kooperativer Regierung herausgebildet, die einer dieser Regierungsform oft inhärenten Lähmung des politischen Prozesses entgegenwirkten.

Die Frage des „institutionellen Designs“ ist in vielen Staaten der Region noch nicht endgültig geklärt. Zwar entspricht die institutionelle Struktur aller Länder Mittel- und Osteuropas den Anforderungen an ein liberal-demokratisches System, garantiert aber nicht immer einen demokratischen, rechtsstaatlichen und gewaltenteiligen politischen Prozeß. In Ungarn, Polen, und der Tschechischen Republik konnte ein hohes Maß an institutioneller Stabilität und demokratischem Politik-Output erreicht werden. Mit Abstrichen gilt dies auch für Rumänien. In der Slowakei sind viel mehr als Ansätze noch nicht erreicht worden. Mittlerweile ist das Land allerdings in eine Konsolidierungsphase eingetreten.

3. Die Entstehung von Parteien im Transformationsprozeß

Parteien sind im mittel- und osteuropäischen Transformationsprozeß innerhalb weniger Monate, teilweise sogar innerhalb weniger Wochen entstanden und mußten dann oft sofort Regierungsverantwortung übernehmen, ohne die dafür notwendigen Strukturen bereits aufgebaut zu haben. Olson spricht hier von „proto- or pre parties“ (Olson 1998: 434), die natürlich keinen westlichen Parteien vergleichbaren Organisationsgrad und innere Kohäsion aufweisen können. Diese lockeren Formationen, die nach Segert am ehesten noch als Honoratiorenparteien bezeichnet werden können (Segert 1997: 58), treffen auf ein institutionell bereits ausdifferenziertes politisches System, das politischen Parteien eine zentrale Rolle bei der politischen Willensbildung, der Rekrutierung von Fachpersonal und allgemein der politischen Gestaltung des Transformationsprozesses zuweist. Die neuen Parteien agieren also in einer politischen Umwelt, die sie mit ihrem Status, ihrer Struktur und letztlich auch ihrem Selbstverständnis als „Foren“ politischer Artikulation noch nicht adäquat ausfüllen können und die sie mit der Wahrnehmung der Regierungs-

verantwortung überfordert. Von Beyme prägte den Begriff „Forumsparteien“ (von Beyme 1994: 308ff) für die neuen Gruppierungen der „demokratischen Opposition“.

Die neu entstandenen Parteien mußten während der Systemtransformation erst Mittel und Wege finden, sich intern zu organisieren und nach außen zu präsentieren. Dabei zeigten sich schnell Risse innerhalb ihrer Organisation. Die ideologische Bandbreite der Mitgliedschaft war enorm und führte im günstigsten Fall zu interner Fraktionierung, in vielen Fällen aber auch zur Abspaltung einzelner Gruppen oder zum Zerfall der gesamten Partei innerhalb der ersten Jahre ihres Bestehens. Entscheidend waren bei diesen Prozessen die Parlamentsfraktionen, in denen sich Risse am frühesten zeigten. Parteineugründungen erfolgten fast immer durch den Austritt einzelner Gruppen von Abgeordneten aus ihren Fraktionen. Die Termini „couch parties“, d.h. Parteien, die von wenigen in einem Wohnzimmer gegründet wurden, und „party tourist“, eine Bezeichnung für Abgeordnete, die die Partei während einer Legislatur öfters wechselten (Olson 1998: 434), bezeichnen dieses politische Phänomen der ersten Jahre nach der Systemtransformation treffend.

4. Binnenstruktur und Organisation der Parteien

Parteien in Osteuropa sind vorwiegend Kaderparteien, keine Massenparteien. Die Mobilisierung der Bevölkerung während der Systemtransformation konnte nicht in umfassendem Maße in aktive Mitgliedschaften in den neuen Parteien umgewandelt werden. Strategische Entscheidungen und die Verteilung von Posten und Ämtern fielen in der Umbruchphase nicht auf Parteitag, sondern innerhalb eines schmalen Führungszirkels der neuen Parteien, die die Gegenelite zu den sozialistischen Parteien bildeten. Auch gelingt die Präsentation parteilicher „Profile“ kaum. Gewählt werden oft Personen, nicht Parteien. Die Orientierung an Personen ist dabei in semi-präsidentiellen Systemen, wie in Polen oder Rumänien stärker ausgeprägt als in parlamentarischen (Ungarn, Tschechien). Bei Präsidentschaftswahlen stehen ohnehin nur Personen zur Wahl. Diese werden oft nur indirekt von politischen Parteien unterstützt. Die politische und ideologische Ausrichtung von Parteien ist in semi-präsidentiellen Systemen oft mit dem Schicksal ihrer Vorsitzenden oder anderen politischen Köpfen verbunden. Verlassen diese die politische Bühne, haben auch die entsprechenden Parteien Schwierigkeiten sich zu behaupten.

Die Herausbildung von Volksparteien gestaltet sich in Osteuropa schwierig. Die oft erst zerfallenen und dann nach Wahlniederlagen in neuer Form wieder reaktivierten Parteienbündnisse haben bisher noch nicht die Kohäsion erkennen lassen, die Volksparteien im deutschen Sinne kennzeichnet. Am ehesten erfüllen noch die Linksparteien dieses Kriterium. In ihnen, das ungarische und das polnische Beispiel zeigen dies deutlich, konnten scheinbar unüberwindbare Positionen und Interessen, etwa zwischen Gewerkschaftsflügel und der wirtschaftlichen Elite, am ehesten moderiert und in eine aussagefähige Politik kanalisiert werden. Aber auch für die MSZP in Ungarn und die SLD in Polen gilt diese Aussage vor allem für die Zeit der Regierungsverantwortung. Die Frage, ob eine ähnliche Geschlossenheit auch

auf den harten Oppositionsbänken aufrechterhalten werden kann, wenn „Sachzwänge“ fehlen, ist noch nicht beantwortet.

Ein in allen Ländern der Region zu beobachtendes Phänomen ist die geringe Organisationsfähigkeit der Parteien auf regionaler und kommunaler Ebene. Kampagnen werden nicht von kommunalen und lokalen Gruppen geführt, sondern von den Parteizentralen aus der Hauptstadt. Zudem ist die überwiegende Mehrzahl von kommunalen, aber auch von regionalen Funktionsträgern parteipolitisch unabhängig.

Ein weiterer Unterschied zwischen west- und osteuropäischen Parteien besteht in der relativ schwachen Verbindung politischer Parteien mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Vereinigungen, sieht man von der Verbindung der alten Gewerkschaften mit den sozialistischen Parteien einmal ab. Dies liegt zu einem großen Teil an der allgemeinen Schwäche der Zivilgesellschaft in Transformationsgesellschaften (Randzio-Plath/Friedmann 1994: 121).

5. Wahlen und Parteiensystem

Die Ausarbeitung von Parteiengesetzen und ihre Verabschiedung sowie die Abhaltung freier Wahlen war ab 1989/90 eine der zentralen Aufgaben der neu entwickelten liberal-demokratischen politischen Systeme in Mittel- und Osteuropa. So wurde in letzter Konsequenz die dominierende Rolle der ehemaligen Staatsparteien im politischen System beseitigt und der Boden für eine demokratische Legitimation der neuen Regierungen bereitet.

In Ländern, in denen die Reformen stark von den Trägern des alten Systems ausgingen, das beste Beispiel ist Ungarn, war die Frage der Systemtransformation als solche nicht die Haupttrennungslinie zwischen den Parteien. Es ging in diesen Ländern nicht um die Frage ob, sondern wie transformiert werden sollte. Ob eine Partei aus der demokratischen Opposition hervorgegangen, oder aber eine Nachfolgepartei der herrschenden Sozialisten war, bildete aber schließlich doch, trotz allen Konsenses über die Gestaltung des neuen politischen Systems - etwa in Polen oder Ungarn - die entscheidende Trennlinie bei den ersten freien Wahlen. Bereits die zweite Runde frei abgehaltener Parlamentswahlen strukturierte allerdings den Erfolg oder Mißerfolg der Parteien nach anderen Gesichtspunkten. Statt der Frage nach der Herkunft von Parteien standen viel stärker die wirtschaftliche Entwicklung und sozialpolitische Fragen im Mittelpunkt. Von einer Regierung wurde verlangt, die sozialpolitischen Probleme in den Griff zu bekommen und den Übergang mit weniger Risiken für die persönlichen Lebensläufe zu bewerkstelligen. Die Folge war eine eindeutige Hinwendung zu formal „linken“ Positionen. Auch wenn diese von Parteien vertreten wurden, die aus der ehemaligen Staatspartei hervorgingen, war dies kein Hindernis mehr. Der Versuch zahlreicher rechtsgerichteter Parteien, eine Stigmatisierungskampagne zu führen, wie dies in Ungarn vom MDF, in Polen vor allem von der katholischen Kirche nahestehenden Gruppierungen versucht wurde, hatte keinen Erfolg oder führte wie in Polen erst recht zu Stimmengewinnen von linksgerichteten Parteien. So fand in der zweiten Wahlrunde eine „Linkswende“ fast überall auf der politischen Landkarte Mittel- und Osteuropas statt, in Polen,

in Ungarn und Bulgarien. Daß ausgerechnet in Tschechien die Wende ausblieb, ist bezeichnend: Tschechien war das Land mit der mit Abstand besten wirtschaftlichen Entwicklung Mitte der neunziger Jahre, ohne eine nennenswerte Zahl an Arbeitslosen. Als in Tschechien jedoch Ende der neunziger Jahre wirtschaftliche Probleme auftauchten, gelang es den oppositionellen Sozialdemokraten auch dort, die Regierungsverantwortung zu übernehmen. Somit hinkt Tschechien der generellen Entwicklung eigentlich um einige Jahre hinterher.

Mittlerweile, in den Jahren 1997 und 1998, hat sich eine erneute Trendumkehr ergeben. Die Wahlen in Ungarn, in Polen, in der Slowakei, in Rumänien und in Bulgarien haben die alten Reformeliten zurück an die Macht gebracht. Anders als bei den ersten Regierungswechseln in der Mitte des Jahrzehnts liegen die Ursachen für die erneute Trendwende nicht so einfach sichtbar an der Oberfläche. In Polen und in Ungarn, den beiden traditionellen Trendsettern, hatten die Linksparteien durchaus wirtschaftliche Erfolge vorzuweisen. Diese Länder sind die Vorreiter unter den Beitrittskandidaten der EU. War es nicht die Wirtschaftspolitik, was bestimmte dann das Ergebnis dieser Wahlrunde? In erster Linie zeigen sich in der dritten Runde freier Parlamentswahlen nationale Unterschiede. Viel weniger als bei der „Linkswende“ in der Mitte des Jahrzehnts kann die „Rechtswende“ zu Ende des Jahrzehnts nicht als umfassender, gleichen Mustern folgender Prozeß betrachtet werden. In Ungarn und in Polen lagen die Gründe für das Wahlergebnis in einer nicht grundsätzlichen, sondern gefühlsmäßigen Abneigung gegenüber sozialistischen und sozialdemokratischen Positionen, die noch aus der Zeit des sozialistischen Systems, das in diesen Ländern eigentlich immer abgelehnt wurde, herrühren. Zahlreiche Beobachter haben für die Wahl in Ungarn 1998 außerdem bemerkt, daß zum ersten mal nicht gegen etwas oder jemanden (1990 gegen das sozialistische System, 1994 gegen das MDF), sondern für etwas gestimmt wurde, für die oberflächlich betrachtet modernere, jüngere und einzig unverbrauchte Kraft im ungarischen Parteiensystem, den FIDESZ. Ähnlich war die Situation in Polen: Hier galt es nicht mehr gegen Walesa zu stimmen oder gegen einen zu starken Einfluß der katholischen Kirche, sondern für die, denen man bereits Anfang der neunziger Jahre bei der Ablösung der Sozialisten vertraute und die ihre Schwächen durch ein einheitliches und modernes Auftreten mit neuen Persönlichkeiten beheben konnten. In Rumänien und in der Slowakei, auch in Bulgarien, waren die jüngsten Wahlen auch in der „dritten Runde“ noch Antiwahlen. In diesen Ländern galt es, den Reformprozeß überhaupt in Gang zu halten bzw. wieder in Gang zu bringen. Es war nicht die Wahl zu treffen zwischen Parteien, die in Details zwar verschiedene Lösungsmodelle anboten, in grundsätzlichen Fragen wie Westintegration und wirtschaftliche Stabilisierung aber übereinstimmten, sondern grundsätzlich zwischen westlichen „Integrationisten“, also Befürwortern des Beitritts zu NATO und EU einerseits und den Vertretern altsozialistischer oder nationalistischer Gruppierungen andererseits, die in isolationistischen Positionen oder der erneuten Anlehnung an Moskau einen gangbaren Weg sahen.

Der Sieg der reformorientierten, westlich orientierten Kräfte in der Slowakei, in Rumänien und Bulgarien war dabei nur durch die Beendigung der Konflikte zwischen den Oppositionsparteien möglich. Somit brachte die dritte Wahlrunde in Ostmitteleuropa für manche Staaten die Wiedergeburt der alten Oppositionsbündnisse, wenngleich in noch loserer Form und nur auf ein kurzfristiges Ziel hin ausge-

richtet. Diese Strategie hatte Erfolg und wider Erwarten hatten die in der Opposition geschlossenen Bündnisse auch in der Regierungsverantwortung bisher Bestand.

Tabelle 1: Richtungsänderungen bei Wahlen in Mittel- und Osteuropa

	<i>Mitte/Rechts</i>	<i>Links</i>
Wahlen 1989-1991	Ungarn/Polen/Tschechien Bulgarien (1991) „Rechtswende“	Rumänien/Bulgarien(1990) Slowakei (1990) (1) „Linkswende“
Wahlen 1993-1995		Ungarn (1994) Polen (1993) Bulgarien (1994)
Wahlen 1996-1999	Rumänien (1996) Bulgarien (1997) Polen (1997) Slowakei (1998) Ungarn (1998)	Tschechien (1998)

(1) Die Amtszeit Vladimir Meciar wurde zweimal durch Regierungswechsel unterbrochen, vom 23.4.1991 – 24.6.1992 bekleidete Ján Carnogurský das Ministerpräsidentenamt, von 15.3.1994-13.12.1994 Josef Moravcik. Diese Amtswechsel gingen nicht auf Parlamentswahlen zurück.

Quelle: Eigene Darstellung

5.1. Die Entwicklung der Parteiensysteme

In Ungarn, wo die Systemtransformation wesentlich von der alten Staatspartei ausging, haben die Parteien von Anfang an eigenständige programmatische Profile entwickelt. In Ländern, in denen die Transformation von der demokratischen Opposition initiiert und der Systemwechsel als solcher also erst erkämpft werden mußte, war eine einheitliche Oppositionsgruppierung erforderlich, um den Vertretern des alten Systems begegnen zu können. Beispiele hierfür waren die damalige Tschechoslowakei (Bürgerforum im tschechischen Landesteil bzw. Öffentlichkeit gegen Gewalt in der Slowakei), Polen (Gewerkschaft Solidarnosc), Rumänien (Nationale Rettungsfront) und Bulgarien (Union der demokratischen Kräfte). Diese „Umbrella-organizations“ oder „Regenbogen-Koalitionen“ wurden von charismatischen Persönlichkeiten geführt (Václav Havel in der Tschechoslowakei, Lech Walesa in Polen), die Rückhalt in der Bevölkerung genossen. Diese Foren verstanden sich als übergreifende Organisationen, die ein einziges Ziel, die Ablösung der Sozialisten, zusammenschweißte. Für die Zeit nach einem ungewissen und nicht prognostizierbaren politischen Erfolg bestanden keine Pläne dafür, wie die weitere Entwicklung dieser Organisationen vonstatten gehen sollte.

Orientierten sich die Parteiensysteme in Mittel- und Osteuropa bei den ersten freien Parlamentswahlen an der Konfliktlinie KP-Nachfolgepartei – Partei der demokratischen Opposition, so war diese Trennlinie später weit weniger entscheidend (Timmermann 1994: 16). In den Vordergrund treten andere Gegensätze. Zu diesen zählt sicherlich die Frage, inwieweit „nationale Besonderheiten“ oder das oft so bezeichnete „nationale kulturelle Erbe“ in einer Zeit der Internationalisierung und Liberalisierung bewahrt werden könnte. Einen national gefärbten Transformationskurs verlangten nicht nur konservative Parteien in Ungarn, sondern auch Linksparteien in der Slowakei und in Rumänien.

Die Konfliktlinie „Säkular – Religiös“ ist in Polen am ausgeprägtesten. Hier konnte sich die katholische Kirche einen nicht unbedeutenden Einfluß auf die Tagespolitik verschaffen. Davon betroffen sind die politischen Parteien, vor allem das Aktionsbündnis Solidarität (AWS), und die Medien. Mit dem Radiosender „Radio Maryia“ verfügt die Kirche über einen direkten Zugang zur Bevölkerung. Der Einfluß der Kirche hat Polen in zwei Lager gespalten. In anderen Ländern, vor allem in Tschechien mit seinem hohen Anteil an Atheisten, in der Slowakei und in Ungarn konnte sich die katholische Kirche keinen mit Polen vergleichbaren Einfluß sichern. Keinen Einfluß hat die katholische Kirche auch in den orthodoxen Ländern Rumänien und Bulgarien.

Die Konfliktlinie „Arm – Reich“ war für die Ausgestaltung der Parteiensysteme in Mittel- und Osteuropa weit weniger entscheidend, als dies vielleicht zu erwarten gewesen wäre. In der „klassenlosen“ sozialistischen Gesellschaft waren die Einkommensunterschiede nicht so stark ausgeprägt, wie wir dies aus westeuropäischen Gesellschaften kennen. Zwar haben sich im Transformationsprozeß schnell „Gewinner“ und „Verlierer“ herausgebildet, sie sind aber keiner bestimmten politischen Richtung zuzuordnen. Ein großer Teil der Unzufriedenen hat nicht an den verschiedenen Parlamentswahlen teilgenommen und somit die bestehenden Strukturen gefestigt. Allgemein tendierten die Verlierer der Systemtransformation dazu, jenen Parteien ihre Stimme zu geben, die gerade nicht an der Regierung beteiligt waren. Diese Anti-Haltung betraf aufgrund der häufigen Regierungswechsel fast jede Partei mindestens einmal.

Die Konfliktlinie „Stadt – Land“ ist in den Ländern von Bedeutung, die über eine bedeutende Landwirtschaft verfügen. Dies sind fast alle hier untersuchten Staaten mit Ausnahme Tschechiens und der Slowakei. In Polen, Ungarn und Rumänien konnten sich Agrarparteien bilden, in Rumänien ging die Agrarpartei allerdings in einer Sammelbewegung auf. In Polen und in Ungarn bilden die Bauernparteien einen Gegenpol zur städtisch, liberal geprägten Intelligenz. In Polen wird die städtische Intelligenz von einer „rechten“, mit der Wahlaktion Solidarität koalierenden Partei verkörpert, während die Bauernpartei mit der KP-Nachfolgepartei koalierte. Genau umgekehrt in Ungarn: Hier koalierte die Partei der städtischen Intelligenz, der SZDSZ, mit der KP-Nachfolgepartei MSZP, während die Bauernpartei (FKGP) im konservativ bürgerlichen Spektrum agierte und hier vor allem nationale Töne anschlug.

5.2. „Links“ und „Rechts“ im Transformationsprozeß

Was im Transformationsprozeß als „Links“ und was als „Rechts“ zu bezeichnen ist, bedarf einer näheren Erläuterung. Wenn in der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung in bezug auf die Parteiensysteme von „Links“ und von „Rechts“ gesprochen wird, so scheint diese Terminologie auf den ersten Blick klar: „Links“ sind die Nachfolgeparteien der kommunistischen bzw. sozialistischen Parteien, „Rechts“ hingegen die aus der demokratischen Opposition entstandenen neuen Parteien und Gruppierungen. Betrachtet man allerdings die politischen Grundhaltungen, oder noch besser die Resultate der Regierungspolitik, so werden rasch deutliche Unterschiede sichtbar. Je schneller es den KP-Nachfolgeparteien gelang sich zu

reformieren und zu sozialdemokratisieren, desto stärker waren christlich-konservative Gruppierungen, zumal nach der „Linkswende“ gezwungen, hierzu Gegenpositionen einzunehmen. In Polen und in Ungarn haben die Postsozialisten in ihrer Regierungszeit einen klar marktwirtschaftlichen Kurs gefahren. Berühmt geworden ist das Bokros-Paket in Ungarn, ein Austeritäts- und Stabilitätspaket, benannt nach dem damaligen Finanzminister Lajos Bokros, Mitglied der Sozialistischen Partei, der die Aufgaben seiner Regierung folgendermaßen beschrieb: „our task as socialists is to dismantle the state“ (International Herald Tribune 1996). Eine politische Profilierung konnte den konservativen Oppositionsparteien hier nur über eine andere, mehr national geprägte Linie gelingen. Am ungarischen Beispiel zeigt sich das an den national geprägten Richtungsänderungen des FIDESZ, der KDNP, der FKGP und vor allem des Siegers der ersten freien Parlamentswahl 1990, des MDF, die sich auch in den Wahlprogrammen, mit einer Hinwendung zu „Law and order“ in der Innen- und Protektionismus in der Außenwirtschaftspolitik niederschlugen (vgl. stellvertretend MDF 1998). In diesem Sinne verbinden sich in Mittel- und Osteuropa häufig marktwirtschaftliche Orientierung mit gesellschaftlichem Liberalismus auf der einen und „Law and order“-Positionen mit staatlichem Interventionismus auf der anderen Seite (Dieringer 1998: 654f.). Damit unterscheiden sich manche ostmitteleuropäische Positionen und damit auch Parteiensysteme grundlegend von westeuropäischen Parteiensystemen, in denen die genannten Werthaltungen sich in einer anderen Art und Weise verbinden (vgl. auch Kitschelt 1992: 19). Für Ungarn gilt demnach der Satz Márkus‘: „Die rechtsgerichteten, sich bürgerlich nennenden Parteien sind • in der wirtschafts- und sozialpolitischen Rhetorik und bei Betrachtung der Wahlprogramme • die linken Parteien“ (Márkus 1998: 9). Für andere Länder der Region, vor allem Rumänien und Bulgarien, wo noch 1994 in der Sozialistischen Partei von einer „regulierten Marktwirtschaft“ und „demokratischem Sozialismus“ gesprochen wurde, sowie für die Slowakei gilt die Bemerkung von Márkus jedoch nicht. Ein klares Muster ist hier nicht zu erkennen.

5.3. Parteifamilien und die Rolle der KP-Nachfolgeparteien

5.3.1. Christlich-konservative Positionen

Christlich orientierte Gruppierungen, die meist die deutsche CDU zum Vorbild hatten, waren mit die erfolgreichsten Parteien in der Wendezeit. In Ungarn war dies die KDNP. Im stark katholisch geprägten Polen waren christliche Grundhaltungen bei den meisten aus der Gewerkschaft Solidarität hervorgegangenen Parteien eine Selbstverständlichkeit. In Tschechien spielten christliche Werthaltungen eine weit aus geringere Rolle. In Bulgarien und Rumänien ist die orthodoxe Glaubensrichtung bestimmend. Hier orientierten sich Parteien auf der rechten Seite des politischen Spektrums vorwiegend an ihrer Gegnerschaft zu den Sozialisten und definierten sich daher stärker über ihre Westorientierung und liberale Positionen.

Die christlichen und konservativen bzw. die national orientierten Parteien sind oft fraktioniert. In Polen besteht die AWS aus einem „Cocktail“ verschiedener politischer Positionen und Organisationen, Parteien und Vereinigungen (Bastian 1998: 178), die einerseits für strenge Haushaltsdisziplin und angebotsorientierte Wirt-

schaftspolitik eintreten, andererseits aber auch gewerkschaftliche Positionen vertreten, die aus der Solidarnosc herrühren. In Ungarn wurde der Wahlsieg der Mitte-Rechts Parteien 1998 ebenfalls nur durch Wahlbündnisse zwischen dem FIDESZ und dem MDF in der ersten, dem FIDESZ und der FKGP in der zweiten Wahlrunde möglich. Wahlbündnisse waren es auch in Bulgarien und in der Slowakei, unter der Führung des heutigen Ministerpräsidenten Dzurinda, sowie in Rumänien unter Constantinescu, die zur politischen Wende beitrugen.

5.3.2. Liberale Positionen

Liberale Gruppierungen konnten sich in der gesamten Region trotz anfänglicher Erfolge nur sehr schwer oder gar nicht durchsetzen. Ausnahmen sind der SZDSZ und der FIDESZ in Ungarn. Der FIDESZ war bis zu einem Rechtsrutsch im Vorfeld der Wahlen 1998 in seinem Selbstverständnis eine liberale Partei und kann auch eine Mitgliedschaft in der liberalen internationalen Parteienvereinigung vorweisen. Weitere Beispiele liberaler Parteien sind die Freiheitsunion in Polen und die ODS in der Tschechischen Republik, wobei sich das liberale Gedankengut bei der ODS mehr auf die Frage der Gestaltung der Wirtschaftsordnung denn auf gesellschaftliche Fragen bezieht. Die Schwäche liberaler Positionen hängt direkt mit der Schwäche zivilgesellschaftlicher Mobilisierung und dem weitgehenden Fehlen eines Bürgertums im klassischen Verständnis zusammen.

Die Unternehmerschicht, in westlichen Ländern oft traditionell (wirtschafts-)liberal orientiert, verfügt in Transformationsgesellschaften über eine Affinität zu den KP-Nachfolgeparteien. Dies ist deshalb nicht verwunderlich, weil in den Privatisierungsprozessen oftmals aus der Politik ausscheidende Altkader in wirtschaftliche Positionen drängen. Vertreter der alten Nomenklatur sind auf Direktoren- und Managementposten privatisierter Unternehmen deshalb keine Seltenheit. Dies gilt für alle Länder der Region gleichermaßen.

Weitere Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Wählern schaffen sich die liberalen Parteien durch einen weitgehenden Verzicht auf nationale Töne. Das Potential im nationalen Wählersegment, zustandegekommen durch nachholende „Nation-building“ Prozesse, etwa in der Slowakei, aber auch durch eine allgemeine Orientierungslosigkeit nach der Desavouierung der sozialistischen Ideologie, ist in den meisten Ländern der Region beträchtlich.

5.3.3. Sozialdemokratische Positionen

Klassische sozialdemokratische Parteien hatten in der Wendezeit starke Probleme bei der Parteibildung und der Wählerrekrutierung. Dies hängt mit verschiedenen Problemen zusammen: Erstens der Konkurrenz durch die ehemals sozialistisch/kommunistischen Staatsparteien, die einen nicht unwesentlichen Teil der links eingestellten oder gewerkschaftlich organisierten Wählerschaft weiter an sich binden konnten, zweitens auch aufgrund der generellen Desavouierung aller Parteien, die die Begriffe „sozialistisch“, „sozialdemokratisch“ oder einfach „sozial“ im Namen führten und damit warben. Am deutlichsten ist dies in den Ländern zu beobachten, in denen die Ablehnung des sozialistischen Systems durch die Bevölkerung am stärksten war, nämlich in Polen und Ungarn. In diesen beiden Ländern haben es

neugegründete Parteien, die sich als sozialdemokratisch bezeichneten nicht geschafft, ins Parlament zu gelangen. Gleiches gilt für Bulgarien, wo allerdings die Antihaltung gegen das bestehende sozialistische System nicht in dem Grade ausgeprägt war wie in Polen und Ungarn. In Tschechien hingegen konnte sich eine nicht aus der Kommunistischen Partei hervorgegangene sozialdemokratische Partei entwickeln und schließlich 1998 eine Minderheitsregierung bilden.

5.3.4. Die KP-Nachfolgeparteien

Die weiter oben bereits angesprochene „Linkswende“ hat Mitte des Jahrzehnts zahlreiche KP-Nachfolgeparteien zurück an die Macht gebracht, in Polen, Ungarn und Bulgarien. Bei der Einordnung dieser Parteien ist allerdings äußerste Vorsicht geboten. Postkommunistische Parteien können einerseits eine „Melange“ aus alten Kommunisten und neuen Nationalisten darstellen (Bastian 1998: 167), sie können aber auch die Wende hin zu sozialdemokratisierten, reformierten und demokratischen Strukturen geschafft haben. Mit dem Wegfall der sowjetischen Klammer, die alle KP's der Region mehr oder minder auf das selbe Ziel verpflichtet hat, haben diese Parteien ihre Handlungsfreiheit zurückgewonnen und können sich auf die Suche nach ihrem eigenen Weg machen (Timmermann 1994: 8). Was allen diesen postkommunistischen Parteien gemeinsam ist, sind der Verlust der vorher in der Verfassung festgeschriebenen und machtpolitisch sanktionierten Herrschaft, eine Glaubwürdigkeits- und Akzeptanzkrise in der Bevölkerung und die Stigmatisierung durch andere Parteien. Die ersten Schritte dieser Parteien in die Moderne standen vor allem unter dem Zeichen des Bruchs mit der Vergangenheit, ausgedrückt in der Veränderung des Parteinamens, einem Revirement in der Mitgliederschaft, bei dem belastende Altkader entfernt wurden, sowie die Veränderung der Parteistruktur durch die Eliminierung leninistischer Strukturen (Bastian 1998: 171). Doch auch bei der Umstrukturierung ergaben sich beträchtliche Unterschiede. In Polen und in Ungarn waren die Nachfolgeparteien der ehemaligen Staatsparteien Neugründungen (die ungarische MSZMP wurde auf ihrem 14. Parteikongreß im Oktober 1989 aufgelöst, die polnische PZPR auf ihrem letzten Parteikongreß im Januar 1990), auf eine Übernahme der alten Mitglieder wurde verzichtet. Interessenten für eine Mitgliedschaft in den neugegründeten Parteien mußten einen Beitrittsantrag stellen. In Bulgarien dagegen ist die Sozialistische Partei das Ergebnis einer Umbenennung, nicht aber einer Neugründung. Die Unterschiede, die sich nach der Auflösung oder lediglich der Umbenennung der sozialistischen Parteien ergeben, zeigen sich in der Mitgliederstruktur der jeweiligen Parteien: Die Bulgarische Sozialistische Partei verfügte 1996 über eine Mitgliederzahl von 370.000, die Ungarische Sozialistische Partei über lediglich 46.000 Mitglieder (Bastian 1998: 172) bei jeweils ca. zehn Millionen Einwohnern Bulgariens und Ungarns.

Der Grad der Stigmatisierung der ehemaligen Systemparteien hängt mit der Rolle der Parteien im Transformationsprozeß zusammen. In Ländern, in denen die sozialistische/kommunistische Partei maßgeblichen Anteil an der Systemtransformation hatte - am deutlichsten in Ungarn, aber auch in Polen - konnten diese Parteien „überleben“. Diese Parteien konnten das linke Spektrum des Parteiensystem besetzen. Den KP-Nachfolgeparteien in Polen und in Ungarn ist es unter Verweis auf die bessere fachliche Qualifikation ihrer Mitglieder gegenüber den Parteien der

„demokratischen Opposition“ - aufgrund jahrzehntelanger Erfahrung mit Regierungshandeln - und eine effektivere Parteistruktur gelungen, an die Macht zurückzukehren. In der Tschechischen Republik hingegen wurden die Ex-Sozialisten marginalisiert und von der Macht ferngehalten. In Rumänien ist die Sozialdemokratisierung der Nachfolgepartei der ehemaligen Staatspartei noch nicht weit fortgeschritten.

5.3.5. Grüne Parteien und soziale Bewegungen

Nirgendwo in Mittel- und Osteuropa konnten sich soziale Bewegungen in erfolgreiche Parteien umwandeln. Lediglich in der Slowakei ist eine grüne Partei, als Mitglied eines Parteienbündnisses, in der Regierungsverantwortung. Parteien, die lediglich ein einziges Thema – etwa die Umweltpolitik - in den Mittelpunkt ihrer politischen Aktivitäten stellten, konnten keine Antworten auf die umfassenden und drängenden Fragen der Zeit der Systemtransformation, etwa nach der des institutionellen Designs des politischen Systems oder der Bewältigung der wirtschaftlichen Krise liefern. Zwar sind umweltpolitische Probleme in den Staaten Mittel- und Osteuropas noch virulenter als in westlichen Gesellschaften. Angesichts der Probleme des täglichen Lebens, der sozialen Unsicherheit und allgemein einer persönlichen Desorientierung, sowie Problemen sich in den Strukturen einer Wettbewerbsdemokratie und Wettbewerbsgesellschaft zurechtzufinden, geraten vermeintlich zweitrangige Probleme wie die des Umweltschutzes auf der politischen Agenda weit nach hinten. Nur die Parteien haben im politischen Wettbewerb eine Chance, die umfassende Problemlösungskonzeptionen anbieten und diese auch durch Persönlichkeiten glaubhaft machen können. Grüne Parteien und soziale Bewegungen gehören nicht dazu.

5.4. Die Auswirkungen der Wahlsysteme

Die Gestaltung von Wahlsystemen ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die Strukturbildung von Parteiensystemen. Zu Beginn des Transformationsprozesses führten einige Länder Mehrheitswahlsysteme ein. Die Vertreter des alten Regimes versuchten so, sich eine Machtbasis zu schaffen (Nohlen 1994: 449) und sich gegenüber den kleinen, mitgliederschwachen und nur lose organisierten Parteien der demokratischen Opposition einen strukturellen Vorteil zu sichern. Heute dominieren in Ostmitteleuropa eindeutig Verhältniswahlsysteme (Polen, Rumänien, Bulgarien, Tschechien und Slowakei) bzw. kompensatorische Systeme wie in Ungarn.

In Ungarn präferiert das Wahlsystem die großen Parteien (Dieringer 1997: 215f.). Dadurch entsteht ein Druck zur Bildung von großen, umfassenden Parteiengruppierungen bzw. Volksparteien. Bei den ungarischen Parlamentswahlen von 1998 konnten die gemäßigten konservativ-liberalen Parteien den Sieg nur erringen, weil sie Wahlbündnisse gebildet haben (1. Runde: FIDESZ-MDF, 2. Runde: FIDESZ-MDF-FKGP). Der „Einigungsdruck“ führte bei den Kommunal- und Regionalwahlen im Herbst 1998 zu Bündnissen auf der rechten (Bednárík/Kéri 1998: 4), aber auch auf der linken Seite des Parteiensystems (MSZP-SZDSZ). Geht dieser

Prozeß weiter, ist in Ungarn langfristig sogar ein Zweieinhalbparteiensystem wie früher in der Bundesrepublik Deutschland denkbar, mit der MSZP links, einer Mitte-Rechts-Partei unter der Führung des FIDESZ, sowie einer liberalen Partei (SZDSZ). Die Bildung von Blöcken trägt in Ungarn wesentlich zur Stabilisierung des Parteiensystems bei. Wenngleich das ungarische Parteiensystem als das im mittel- und osteuropäischen Vergleich komplizierteste gilt, werden seine Auswirkungen auf die Strukturierung des Parteiensystems fast einhellig gelobt (Nohlen: 406).

Polen hat für die erste komplett freie Wahl nach der Systemtransformation ein reines Verhältniswahlssystem eingeführt. Staatspräsident Walesa hatte gegen diese Regelung zwar das ihm nach der Verfassung zustehende Veto eingelegt, wurde vom Sejm aber überstimmt (Kasapovic/Nohlen 1996: 234). Die Sejmwahlen des Jahres 1991 führten danach zu einer extremen Zersplitterung des Parteiensystems. 16 Parteien konnten ins Parlament einziehen, die stärkste Partei erzielte lediglich etwas mehr als zwölf Prozent der Stimmen. Die Bildung einer stabilen Regierung, die den Aufgaben der wirtschaftlichen und politischen Transformation gewachsen ist, wurde so erschwert wenn nicht unmöglich. Eine weitere Fragmentierung in Polen konnte durch die Einführung einer Sperrklausel verhindert werden. In Tschechien und der Slowakei haben die Verhältniswahlssysteme nicht zu einer derartigen Fragmentierung der politischen Repräsentation in den Parlamenten geführt. Bulgarien stellt eine Besonderheit dar. Das bulgarische Wahlsystem, ein Verhältniswahlssystem, kennt lediglich einen landesweiten Wahlkreis, der durch die Aggregation der kleinen und mittleren Wahlkreise auf nationaler Ebene zustandekommt (Beichert 1998: 607). In Rumänien, wo „überzählige Stimmen“ in einem nationalen Pool ähnlich wie in Ungarn nach d'Hondt auf die im Parlament vertretenen Parteien verrechnet werden (Deletant/Siani-Davies 1998: 156), ist die Anzahl der Parteien im ostmittel- und südosteuropäischen Vergleich sehr stabil, obgleich hier die Sperrklausel mit 3% sehr niedrig angesetzt ist. Dort wo die Wahlsysteme eine erhebliche Diskrepanz zwischen erzielten Stimmen und erhaltenen Mandaten aufweisen, also sog. „designed majorities“ zustandegekommen sind (vor allem Ungarn), haben die Wahlsysteme zur Stabilisierung und zur Regierungsfähigkeit beigetragen.

Tabelle 2: Wahlsysteme, Sperrklausel und Zahl der Parteien in Parlament und Regierung (Stand 1998)

	Wahlsystem	Anzahl der im Parlament vertretenen Parteien	Anzahl der in der Regierung vertretenen Parteien	Sperrklausel
Polen	Verhältnis	5	2	5%
Ungarn	Kompensatorisch	6	3	5%
Slowakei	Verhältnis	6	4	5%
Tschechien	Verhältnis	5	1	5%
Bulgarien	Verhältnis	5	1	4%
Rumänien	Verhältnis	6	3	3%
		zus. 15 Sitze für Minderheiten		

Quelle: Eigene Darstellung, Angaben für die Sperrklausel gilt nicht immer für Wahlbündnisse

Zur Konsolidierung der Parteiensysteme trägt aber sicherlich auch ein gewisser Lerneffekt bei. Nach zwei oder drei Wahlen nimmt die Neigung der Wähler, für

kleinere Parteien zu stimmen, immer mehr ab. Sie wollen ihre Stimmen nicht mehr an Parteien „verschenken“, denen nicht zugetraut wird, den Sprung ins Parlament zu schaffen. Die Zahl derjenigen Stimmen, die auf diese Weise verloren gingen, ist in allen hier untersuchten Ländern stark rückläufig (vgl. Beichelt 1998: 615, Tabelle 4).

5.5. Wahlen und Koalitionsbildung

Die Frage nach der Zusammenarbeit neuer, „demokratischer“ Parteien mit den KP-Nachfolgeparteien prägte vor allem die Wahlkämpfe, aber auch die Koalitionsbildungen bis zum heutigen Tage in unterschiedlichem Maße. Die Vertreter der neu entstandenen demokratischen Parteien schlossen Koalitionen mit den Nachfolgern der ehemaligen Staatsparteien, denen das Stigma des sozialistischen Systems anhaftete, kategorisch aus. Koalitionsregierungen wurden entlang der Trennlinie „Vertreter des alten“– und „Vertreter des neuen Systems“ vereinbart.

Koalitionsregierungen in Mittel- und Osteuropa tendierten bisher zwar oft zur Instabilität (Olson 1998: 441), was aber aufgrund der mangelnden Festigung der Parteien als solche nicht verwunderlich ist. In Bulgarien mußte die aus 17 Gruppierungen bestehende Union der demokratischen Kräfte den von 1991 datierenden Koalitionsvertrag 1994 neu verhandeln, ohne die größte Gruppierung zur Unterschrift bewegen zu können (Olson 1998: 441). Daß mit Zhan Widenow 1995 ein 36 Jahre alter Vertreter der ehemaligen kommunistischen Jugendorganisation Premierminister werden konnte (Bastian 1998: 184f), zeigt den Verschleiß an geeigneten Kandidaten für wichtige politische Ämter und den Kompromißcharakter politischer und personeller Entscheidungen in einem instabilen Umfeld. In Ungarn schied in der Wahlperiode 1990-1994 die FKGP aus der Koalition aus, wenngleich die folgenden Koalitionsregierungen bis heute stabil sind. Insgesamt konnte jedoch in den meisten Ländern Mehrheitsregierungen bis heute stabil gebildet werden. Minderheitsregierungen wie gegenwärtig in Tschechien blieben die Ausnahme.

5.6. Stabilität oder Instabilität der Parteiensysteme

Als verhältnismäßig stabil haben sich die Parteiensysteme Ungarns und der Tschechischen Republik erwiesen. In Polen und in der Slowakei, teils auch in Ungarn, ist die Lagerbildung auf der rechten Seite des Parteienspektrums aber noch nicht vollständig abgeschlossen. Die Bildung von einheitlichen konservativen Volksparteien würde langfristig sicherlich zur Stabilisierung der Parteiensysteme beitragen. In Ungarn ist hier mittelfristig eine solche Tendenz zu erwarten. In Polen müssen die unterschiedlichen Gruppierungen aus katholischer Rechten, dem „Arbeitnehmerflügel“ und Wirtschaftsliberalen erst zueinanderfinden. Die politischen Positionen sind aber hier soweit auseinander, daß damit allenfalls langfristig zu rechnen ist. In der Slowakei muß sich das konservativ-liberale Parteienbündnis erst bewähren. Hier spielen zusätzlich Nationalitätenprobleme (ungarische Minderheit) eine Rolle. Bei politischen Konflikten mit dem südlichen Nachbarn Ungarn, etwa bei der ungeklärten Lage um die Donaustauteufe bei Gabčíkovo/Nagymaros, kann es schnell zu Konflikten zwischen den Verbündeten (u.a. Partei der ungarischen Minderheit)

kommen. Zudem müssen in Bratislava ständig die extremen Parteien auf der linken und rechten Seite des Parteiensystems abgewehrt werden. Dies führt zwar zu Einigungsdruck im konservativ-liberalen Lager. Eine auf dieser Situation basierende Einigung kann jedoch nicht als ausreichende Stabilitätsgrundlage gewertet werden. Zudem muß die konservative Regierungskoalition der Slowakei einschneidende wirtschaftspolitische Maßnahmen ergreifen, um den Anschluß an die erste Welle der Beitrittskandidaten der Europäischen Union zu erreichen. Dies wird zwangsläufig zu Enttäuschungen in der Bevölkerung führen. Eine grundlegende, dauernde politische Stabilisierung ist deshalb in der Slowakei mittelfristig nicht garantiert, aber durchaus möglich.

Die Häufigkeit von politischen Richtungswechseln ist in Mittel- und Osteuropa größer als in Westeuropa. Kaum gelingt es einer Regierung, nach vier Jahren wiedergewählt zu werden. In Polen, Ungarn, der Slowakei und Bulgarien konnten Parlamentswahlen immer mit einem Regierungswechsel gleichgesetzt werden. Nur in Tschechien war die Regierung Klaus vergleichsweise lange an der Macht. Andererseits gelingt es bisher nicht im Parlament vertretenen Parteien nur sehr selten, den „etablierten Parteien“ Konkurrenz zu machen. So instabil die Parteiensysteme im inneren sind, so resistent sind sie doch gegen Neuankömmlinge von außen. Insofern kann davon ausgegangen werden, daß die Parteiensysteme eine gewisse Grundstruktur erhalten haben, die sich in der nächsten Zeit nicht wesentlich verändern wird. Größere Veränderungen im Inneren des Spektrums sind allerdings wahrscheinlich. Davon werden vor allem die konservativen Parteien betroffen sein, die eine Einigungsaufgabe zu bewältigen haben.

6. Résumé: Zum Stand der demokratischen Entwicklung in Mittel- und Osteuropa

Zehn Jahre nach der Systemtransformation haben die Staaten Mittel- und Osteuropas unterschiedliche Stufen demokratischer Reife erreicht. Ungarn, Polen und die Tschechische Republik haben sowohl in bezug auf die Funktionsfähigkeit ihres institutionellen Systems als auch auf die Stabilität der Parteiensysteme mittlerweile eine Situation erreicht, die mit den Erfahrungen westlicher demokratischer Systeme durchaus vergleichbar ist. Regierungswechsel gingen hier ohne Probleme und ohne Infragestellung des politischen Grundkonsenses, d.h. der Orientierung an Demokratie, Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit, vonstatten. Insofern kann diesen Staaten der Status einer konsolidierten Demokratie bereits heute zugeschrieben werden. Bulgarien, Rumänien und auch die Slowakei haben diese Entwicklungsstufe noch nicht erreicht. Konflikte zwischen obersten Funktions- und Amtsträgern des politischen Systems, abrupte Richtungsänderungen in der Regierungspolitik und Defizite der rechtsstaatlichen Strukturen haben in diesen Ländern immer wieder zu Rückschlägen geführt. Zwar haben in allen letztgenannten Staaten mittlerweile Parteien und Gruppierungen die Regierungsverantwortung übernommen, die für Westorientierung und Rechtsstaatlichkeit stehen, ob dies für die Oppositionsparteien bei einem Wahlsieg aber auch gelten würde, kann insbesondere für die Slowakei bezweifelt werden. Da aber Regierungswechsel zu einem der wichtigsten Funktionselemente ei-

ner Demokratie zählen, kann in der Slowakei, Bulgarien und Rumänien trotz aller Fortschritte von konsolidierten Demokratien noch nicht gesprochen werden.

Wenn wir die Frage nach dem Demokratiegehalt der heutigen politischen Systeme in Ostmitteleuropa stellen, so müssen wir davon ausgehen, daß die Chronologie der Stabilisierung nicht unwesentlich von den oben angesprochenen Faktoren abhängt: Ein gradueller, ausgehandelter und früh einsetzender Systemwechsel läßt der Zivilgesellschaft mehr Zeit zu entstehen, die KP-Nachfolgeparteien können sich besser reformieren und so in den politischen Prozeß integrieren, sind kompromißbereiter bei der Aushandlung der neuen Institutionen und grundlegenden Regeln. Ein solches System muß zwangsläufig weniger Sprengstoff beinhalten, als ein System, das nach bürgerkriegsähnlichen Zuständen entstanden ist. Ziehen wir die Art und Weise des Systemumbruchs in Betracht, so hatten Ungarn, Polen, mit Abstrichen die CSSR und Bulgarien die besten Startchancen für ein konsolidiertes demokratisches System. Rumänien befindet sich am anderen Ende der Skala.

Parteien in Mittel- und Osteuropa sind nach wie vor keine Mitgliederparteien, die über eine breite Basis aktiver und kampagnefähiger Anhänger verfügen. Nach wie vor orientiert sich die politische Ausrichtung der Parteien nicht an politischen und wirtschaftlichen Leitlinien, sondern mehr an Personen, die für bestimmte Inhalte stehen, die Spitze der Partei bilden und die Programmatik diktieren. Die Schwäche der Parteien bei der Rekrutierung von Personal für die Verwaltung und für politische Kampagnen ist sicherlich auf die Schwäche zivilgesellschaftlicher Strukturen zurückzuführen. Je unmittelbarer und je umfassender das Monopol der kommunistischen Parteien gebrochen werden konnte, desto schneller entwickelten sich die Zivilgesellschaften und desto stärker wurde der Reformdruck auf die KP-Nachfolgeparteien. Diese erlebten einen Aufschwung, als die wirtschaftlichen Probleme der Systemtransformation einen Höhepunkt erreichten. Die Regierungsübernahme von KP-Nachfolgeparteien führte aber nicht automatisch, wie von vielen Beobachtern angenommen bzw. befürchtet, zu einem Paradigmenwechsel, zur Beendigung der wirtschaftlichen und politischen Transformation, sondern lediglich zu leichten Akzentverschiebungen. Die Rückkehr der Reformeliten brachte in manchen Ländern, hervorzuheben sind Polen und Ungarn, auch mehr Professionalität des Regierungshandeln mit sich.

Die Parteiensysteme sind mittlerweile in allen Untersuchungsstaaten in eine Phase der Konsolidierung eingetreten. Entscheidend hierfür war die Bildung von Wahlbündnissen und das Zusammengehen von Parteien auf der rechten Seite des Parteienspektrums. So entstehen für den Wähler Alternativen, die demokratische Regierungswechsel erst ermöglichen. Gerade Rumänien, Bulgarien und die Slowakei haben dies in den letzten drei Jahren bewiesen. Für neue Parteien wird es in Zukunft äußerst schwer sein, in die Parlamente einzuziehen. Die Parteiensysteme zeigen sich gegenüber außenstehenden Parteien unzugänglich. Innerhalb der Parteiensysteme sind allerdings weiterhin Verschiebungen zu erwarten.

Parteien in Mittel- und Osteuropa werden wohl kaum den Grad an Geschlossenheit, an Mobilisierungskraft und an Mitgliederstärke erreichen, den wir aus Westeuropa, besonders aus Deutschland, gewohnt sind. Abnehmende Mitgliederzahlen und Schwierigkeiten bei der Mobilisierung ihrer Anhänger müssen aber auch westeuropäische Parteien zunehmend einkalkulieren. Insofern könnte es auch

durchaus sein, daß sich ein neues, europäisches Muster herausbildet, dem sich die Staaten West- und Osteuropas von verschiedenen Seiten her nähern.

7. Literatur

- Ágh, Attila 1994: Organisational change in the Hungarian Socialist Party, Budapest Papers on Democratic Transition No 76, Budapest
- Ágh, Attila 1998: Emerging Democracies in East Central Europe and the Balkans, Cheltenham und Northampton
- Bastian, Jens 1998: From former to post: Communist parties in Central and Eastern Europe, in: Bastian, Jens (ed.): The Political Economy of Transition in Central and Eastern Europe, Aldershot
- Bednárík, Imre/Kéri J. Tibor 1998: Unióra készül a jobbközép (Mitte-Rechts bereitet sich auf die Union vor), in: Népszabadság (ungarische Tageszeitung), 25.7.
- Beyme, Klaus von 1994: Systemwechsel in Osteuropa, Frankfurt/Main
- CSÚ: Statistical Yearbook of the Czech Republic 1998
- Deletant, Dennis/Siani-Davies, Peter 1998: The Romanian Elections of November 1996, in: representation, Summer/Autumn, Vol. 35, Numbers 2 & 3
- Dieringer, Jürgen 1997: Political Culture and the renaissance of the socialist party in Hungary, in: Goutorov, Vladimir/Alexander Koryushkin/Gerd Meyer (eds.): Political Culture and Political Change in Post-Communist Societies, St. Petersburg
- Dieringer, Jürgen 1998: Die ungarischen Parlamentswahlen 1998, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 4
- Gábor, Luca/Levendel, Ádám/Stumpf, István 1994: Parlamenti választások 1994 (Parlamentswahlen 1994), Budapest
- Gebether, Stanislaw 1993: Political parties in Poland (1989-1993), in: Meyer, Gerd (Hrsg.): Die politischen Kulturen Ostmitteleuropas im Umbruch, Tübingen und Basel
- Inglehart, R. (1977): The Silent Revolution, Princeton
- International Herald Tribune 1996: Communism's Resurgence: Separating Hype from Reality, Januar 6
- Ishiyama, John T. 1995: Communist Parties in Transition. Structures, Leaders, and Processes of Democratization in Eastern Europe, in: Comparative Politics Vol. 27 No. 2, January
- Kasapovic, Mirjana/Dieter Nohlen 1996: Wahlsysteme und Systemwechsel in Osteuropa, in: Merkel, Wolfgang/Sandschneider, Eberhard/Segert, Dieter (Hrsg.): Systemwechsel 2. Die Institutionalisierung der Demokratie, Opladen
- Kitschelt, Herbert 1992: The Formation of Party Systems in East and Central Europe, in: Politics and Society, 1
- Márkus, György G. 1998: Mitöl jobb a jobb, bal a bal (Wodurch ist rechts rechts, links links?), in: Népszabadság (ungarische Tageszeitung), 14.05., S. 9
- MDF 1998: A Magyar Demokrata Fórum választási programja: Rend – Biztonság – Gyarapodás, (Wahlprogramm des Ungarischen Demokratischen Forums: Ordnung – Sicherheit - Wachstum) Gödöllő, 1. März
- Merkel, Wolfgang/Sandschneider, Eberhard/Segert, Dieter (Hrsg.) 1996: Systemwechsel 2. Die Institutionalisierung der Demokratie, Opladen
- Meyer, Gerd (Hrsg.) 1993: Die politischen Kulturen Ostmitteleuropas im Umbruch, Tübingen
- Nohlen, Dieter 1996: Wahlsysteme in Osteuropa: Geschichte, Kritik, Reform, in: ZParl 3
- Olson, Davis M.: Party Formation and Party System Consolidation in the New Democracies of Central Europe, in: Political Studies, Special Issue 1998
- Randzio-Plath, Christa/Friedmann, Bernhard 1994: Unternehmen Osteuropa – eine Herausforderung für die Europäische Gemeinschaft, Baden-Baden

- Segert, Dieter 1997: Parteien und Parteiensysteme in der Konsolidierung der Demokratien Osteuropas, in: Merkel, Wolfgang/Sandschneider, Eberhard (Hrsg.): Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozeß, Opladen
- Slowakischer Monatsbericht 9/98
- Statistical Office of the Slovak Republic 1998: Yearbook of the Slovak Republic 1998
- Timmermann, Heinz 1994: Die KP-Nachfolgeparteien in Osteuropa: Aufschwung durch Anpassung an nationale Bedingungen und Aspiration, Berichte des Bundesinstituts für Internationale und Ostwissenschaftliche Studien Nr. 31
- Tökés, Rudolf L. 1990: Vom Post-Kommunismus zur Demokratie, in: APuZ B27

8. Anhang: Parlamentswahlen in Bulgarien, Polen, Rumänien, der Slowakei, der Tschechischen Republik und Ungarn

Bulgarien

Partei	1997		1994		1991		1990	
	Stimmen	Mandate	Stimmen	Mandate	Stimmen	Mandate	Stimmen	Mandate
ODS	52,2	55,7	24,23	28,7	34,36	45,8	36,20	36,0
DL (BSP)	22,2	21,6	43,50	52,0	33,14	44,2	47,15	52,7
ONS	7,5	12,5	5,44	6,2	7,55	10,0	6,03	5,7
KE	5,5	5,2
BBB	4,9	5,0	4,73	5,4
NS	.	.	6,51	7,5	3,20	.	.	.
					2,81			
BZNS	3,86	.	8,03	4,0
BZNS-NP					3,44			

- BBB *Bulgarischer Businessblock*, wirtschaftsliberale Unternehmerpartei
- BZNS *Bulgarische Agrarische Nationalunion*, Agrarpartei, bei den Wahlen 1991 als BZNS und BZNS-NP nach mehreren Spaltungen ging die Partei in anderen Parteien, vor allem der BSP auf
- DL (BSP) *Bulgarische Sozialistische Partei*, KP-Nachfolgepartei
- KE *Europäische Linke*, sozialdemokratisch, u.a. Verbindung mit reformierten Kräften der BSP
- NS *Volksunion*, liberale Abspaltung aus verschiedenen Parteien, 1991 als UDF Zentrum und UDF Liberale angetreten
- ODS *Allianz Demokratischer Kräfte*, vorher Union Demokratischer Kräfte (SDS), national-konservativ
- ONS *Union der nationalen Rettung*, vorher Bewegung für Rechte und Freiheit (DPS), Partei der ethnischen Türken

Quelle: Ágh, Attila: Emerging Democracies in East-Central Europe and the Balkans, Cheltenham and Northampton 1998

Ungarn

Partei	1998		1994		1990	
	Stimmen	Mandate	Stimmen	Mandate	Stimmen	Mandate
FIDESZ-MPP	29,48	38,34	7,02	5,18	8,95	5,44
MSZP	32,93	34,72	32,99	54,14	10,89	8,55
FKGP	13,15	12,44	8,82	6,74	11,73	11,14
SZDSZ	7,58	6,22	19,74	17,87	21,39	24,09
MDF	2,80	4,40	11,74	9,84	24,73	42,49
MIÉP	5,48	3,63

FIDESZ Bund Junger Demokraten (liberal-konservativ Partei)

FKGP Unabhängige Kleinlandwirtpartei (national-konservativ)

KDNP Christlich Demokratische Volkspartei (christdemokratische Ursprünge, heute national-konservativ)

MDF Ungarisches Demokratisches Forum (national-konservativ)

MIÉP Partei der ungarischen Wahrheit und des ungarischen Lebens (rechtsextreme Partei)

MSZP Ungarische Sozialistische Partei (KP-Nachfolgepartei, reformiert)

SZDSZ Bund Freier Demokraten (liberal)

Quellen: Für 1990: Tökés, Rudolf L. (1990), Vom Post-Kommunismus zur Demokratie, in: APuZ B27, S. 31, für 1994: Zusammenstellung aus Gábor, Luca/Levendel, Ádám/Stumpf, István (1994), Parlamenti választások 1994 (Parlamentswahlen 1994), Budapest, S. 474 und Archiv der Gegenwart, 29.5. 1994, S. 39006, für 1998: eigene Berechnungen, Angaben jeweils in Prozent, Angaben für die Spalten „Stimmen“ beziehen sich auf die Komitatslisten der Parteien (Zweitstimme)

Polen (1)

Partei	1997		1993		1991	
	Stimmen	Mandate	Stimmen	Mandate	Stimmen	Mandate
AWS	33,8	43,7
SLD	27,1	35,6	20,4	37,1	11,98	13,0
UW (UD)	13,8	13,0	10,6	16,0	12,31	13,2
PSL	7,3	5,8	15,4	28,6	8,67	10,4
ROP	5,6	1,3
NN	0,6	0,4	0,7	0,8	1,17	1,5
UP	.	.	7,3	8,9	.	.
BBWR	.	.	5,4	3,4	.	.
WAK	8,73	10,6
POC	8,71	9,7
KPN	7,50	10,2
KLD	7,48	8,2

(1) Aufgrund des nur halbfreien Charakters der Wahlen von 1989 wurde auf eine Darstellung dieser Wahlen hier verzichtet. Für die Wahlen 1991, die für ein extrem zersplittertes Parteiensystem gesorgt haben, wurden nur Parteien mit mehr als 7% Stimmenanteil berücksichtigt.

AWS Aktionsbündnis Soildarität, Zusammenschluß aus verschiedenen national-christlichen Parteien

BBWR Nichtparteienblock für die Unterstützung von Reformen, Partei, die von Lech Walesa gegründet wurde, konservativ

KLD Liberal-Demokratischer Kongreß, wirtschaftsliberal-konservativ

KPN Konföderation für ein unabhängiges Polen, nationalistisch

NN Deutschen Minderheit, Vertretung der Deutschen Minderheit

POC	Zentrums Bürgerbund, christdemokratisch
PSL	Polnische Bauernpartei, 1989 Vereinigte Bauernpartei (ZSL), bestand bereits im sozialistischen System
ROP	Bewegung für den Wiederaufbau Polens, national-populistisch
SLD	Allianz der demokratischen Linken, KP-Nachfolgepartei, vereinigt Mitglieder der ehemaligen Staatspartei, Gewerkschaftsvertreter und kleinere Gruppierungen, reformiert
UP	Arbeitsunion, sozialdemokratisch
UW	Freiheitsunion, früher Demokratische Union (UD), Zusammenschluß aus Liberal-Demokratischem Kongress und Demokratischer Union, liberal
WAK	Katholische Wahlaktion, klerikal-konservativ

Quelle: Ágh, Attila: *Emerging Democracies in East-Central Europe and the Balkans*, Cheltenham and Northampton 1998 und Gebether, Stanislaw: *Political parties in Poland (1989-1993)*, in: Meyer, Gerd (Hrsg.): *Die politischen Kulturen in Ostmitteleuropa im Umbruch*, Tübingen und Basel 1993

Tschechien

Partei	1998		1996		1992		1990	
	Stimmen	Mandate	Stimmen	Mandate	Stimmen	Mandate	Stimmen	Mandate
CSSD	32,31	37,1	26,44	30,5	6,5	8,0	4,1	-
ODS	27,74	31,5	29,62	34,0	29,7	38,0	mit OF	mit OF
KSCM	11,03	12,0	10,33	11,0	14,0	17,5	13,2	16,0
					(mit LB)	(mit LB)		
KDU-CSL	9,00	10,0	8,80	9,0	6,3	7,5	8,4	9,5
US	8,6	9,5
SPR-RSC	3,9	.	8,01	9,0	6,0	7,0	mit OF	mit OF
ODA	.	.	6,36	6,5	5,93	7,0	mit OF	mit OF
LSU	6,5	8,0	mit OF	mit OF
HSD	5,9	7,0	10,0	11,0
OF	49,5	63,5

CSSD	Tschechische Sozialdemokratische Partei, sozialdemokratisch
HSD	Gesellschaft für Mähren und Schlesien, Regionalpartei
KDU-CSL	Christdemokratische Union – Tschechische Volkspartei, christlich-konservativ
KSCM	Kommunistische Partei von Böhmen und Mähren, ursprünglich Tschechoslowakische Kommunistische Partei (KSC), sozialistisch
LB	Linksblock, 1992 als Wahlbündnis unter Beteiligung der KSCM angetreten, sozialistisch
LSU	Liberalsoziale Union, Verbindung aus Sozialisten, Agrariern und Grünen
ODA	Bürgerliche Demokratische Allianz, konservativ, hervorgegangen aus dem OF
ODS	Demokratische Bürgerpartei, hervorgegangen aus dem OF, bürgerlich-liberal
OF	Bürgerforum, aus ihm gingen 1991 die ODS, die ODA und die OH hervor bürgerlich-liberal
SPR-RSC	Koalition für die Republik – Republikanische Partei der Tschechischen Republik, nationalistisch
US	Freiheitsunion, Abspaltung der ODS, liberal

Quelle: Ágh, Attila: *Emerging Democracies in East-Central Europe and the Balkans*, Cheltenham and Northampton 1998 und CSÚ: *Statistical Yearbook of the Czech Republic 1998*

Slowakei

Partei	1998		1994		1992		1990	
	Stimmen	Mandate	Stimmen	Mandate	Stimmen	Mandate	Stimmen	Mandate
HZDS	27,00	28,7	34,96	40,7	37,2	49,3	unter VPN	unter VPN
SDK	26,33	28,0
SDL	14,66	15,3	10,41 (SV)	12,0 (SV)	14,7	19,3	13,3 (KSS)	14,6 (KSS)
MKP	9,12	10,0	10,18 als MK	11,3 als MK	7,4 als MK	9,3 als MK	8,7 als MK	9,3 als MK
KDH	.	.	10,08	11,3	9,0	12,0	19,2	20,6
DUS	.	.	8,57	10,0
ZRS	1,3	.	7,34	8,7
SNS	9,07	9,3	5,40	6,0	7,9	10,0	13,9	14,6
SOP	8,01	8,7
VPN	29,3	32,0
DS	.	.	3,42	.	3,31	.	4,4	4,6
SZ	3,5	4,0

DS Demokratische Partei, liberal

DUS Demokratische Union der Slowakei, Abspaltung der HZDS

HZDS Bewegung für eine Demokratische Slowakei, aus der VPN hervorgegangen, mit starken undemokratischen Tendenzen, politische Richtung unbestimmt

KDH Christlich Demokratische Bewegung, konservativ

KSS Kommunistische Partei der Slowakei, später Partei der Demokratischen Linken (SDL), sozialistisch

MKP Partei der Ungarischen Koalition, vorher Ungarische Koalition, Partei der ungarischen Minderheit

SD Slowakische Demokratische Koalition, Sammelbewegung und Wahlaktion auf der rechten Seite des Spektrums, christlich-konservativ/liberal, in ihr sind die KDH, die DU, die DS, die SDSS und die Grünen vertreten

SNS Slowakische Nationalpartei, nationalistisch

SOP Partei der Bürgerverständigung

SV Gemeinsame Stimme, Wahlbündnis für die Wahl 1994 aus Sozialdemokratischer Partei der Slowakei, der Agrarbewegung und der Grünen Partei

SZ Grüne Partei

VPN Öffentlichkeit gegen Gewalt, Umbrella Organization, aus ihr ging die HZDS Meciar hervor

ZRS Arbeitervereinigung der Slowakei, Abspaltung der SDL (bzw. KSS)

Quelle: Ágh, Attila: *Emerging Democracies in East-Central Europe and the Balkans*, Cheltenham and Northampton 1998, Slowakischer Monatsbericht 9/98 und Statistical Office of the Slovak Republic: *Yearbook of the Slovak Republic* 1998

Rumänien

Partei	1996		1992		1990	
	Stimmen	Mandate	Stimmen	Mandate	Stimmen	Mandate
CDR	30,2	35,56	20,01	24,0	-	-
PDSR	21,5	26,53	27,71	34,3	66,31	67,9
			(als FSND)		(als FSN)	
USD	12,9	15,45	-	-	-	-
RMDSZ	6,6	7,28	7,45	7,9	7,23	7,2
PRM	4,5	5,53	3,89	4,7	-	-
PUNR	4,4	5,24	7,71	8,8	-	-
PNL	-	-	-	-	6,41	7,2
PNT-cd	-	-	-	-	2,56	3,1

CDR: Demokratische Konvention Rumäniens (Umbrella-Organization, beinhaltet u.a. PNL und PNT-cd)

PDSR: Sozialdemokratische Partei Rumäniens, KP-Nachfolgepartei, 1989 als Nationale Rettungsfront gegründet (FSN), nach Spaltung später unter dem Namen Demokratische Nationale Rettungsfront (FSND), wiederum später umbenannt in Rumänische Sozialdemokratische Partei (PDSR)

PNL: National Liberale Partei, liberal, ging später in der CDR auf

PNT-cd: Christlich Demokratische Nationale Bauernpartei, Agrarpartei

PRM: Großrumänische Partei, ultra-nationalistisch

PUNR: Partei der nationalen Einheit Rumäniens, extrem national orientierte Partei

RMDSZ: Ungarische Demokratische Union Rumäniens, Partei der ungarischen Minderheit

USD: Sozialdemokratische Union, sozialdemokratisch

Quelle: Ágh, Attila: *Emerging Democracies in East-Central Europe and the Balkans*, Cheltenham and Northampton 1998